

Kundgebung am 15.12.2017 um 11.00 Uhr



Am Klinikum
Bremen Ost,
Haus am Park

Der Aufsichtsrat der GeNo (Gesundheit Nord) trifft sich am 15.12.2017 turnusmäßig am Klinikum Bremen Ost, Haus im Park. Unter anderem soll der Wirtschaftsplan 2018, in dem auch der Personalplan enthalten ist, beschlossen werden.

Weder der Bremer Senat noch Frau Prof. Quanten-Brandt als Senatorin für Gesundheit, zuständig für alle Bremer Krankenhäuser, haben sich zu den berechtigten Forderungen des Bremer Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus verhalten. Diese Forderungen wurden in einer Resolution, die auf der Pflege- und Krankenhausversammlung am 20.9.2017 verabschiedet worden war, erstellt. Auf der Demo am nächsten Tag zum Bremer Rathaus durften wir diese Resolution nicht an die Eingangstür „nageln“. So werden wir jetzt am 15.12.2017 unsere Forderungen der Gesundheitsministerin auf der AR-Sitzung persönlich übergeben:

1. **Jetzt eine tarifliche oder gesetzliche Personalbemessung (Personalschlüssel Patient*in zu Pflegekraft) für jedes einzelne Krankenhaus und für jede einzelne Station, gemessen am pflegerischen und medizinischen Bedarf der Patient*innen**
2. **Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung der Personalbemessung**
3. **Als Sofortmaßnahme zur Entlastung: Der Senat muss sich dafür einsetzen, dass in al-**

len Bremer Krankenhäusern eine vorläufige Personalbemessung zwischen den Krankenhaus-Geschäftsführungen (Direktionen) und Interessenvertretungen der Beschäftigten vereinbart wird.

Wir erwarten, dass die Gesundheitsministerin unmittelbar Stellung zu unseren Forderungen bezieht und dass sie Auskunft darüber gibt, wann die ersten Maßnahmen zur Realisierung ergriffen werden. Es kann so nicht mehr weitergehen. Das Personal im Krankenhaus ist physisch und psychisch am Ende. Die Arbeitsbedingungen haben sich durch Personalabbau in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die Pflegekräfte können diesen permanenten Druck nicht mehr standhalten. Sie sind und werden krank, flüchten sich in die Teilzeit und kündigen ihren Arbeitsplatz auf, um z.B. einen anderen Beruf zu ergreifen. Nicht nur für uns, sondern für alle Patient*innen ist diese Situation stark gesundheitsgefährdend. Deswegen braucht es so schnell wie möglich mindestens 1600 neue Fachkräfte an Bremens Krankenhäusern!

Kommt
alle,
seid
laut!



Das Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus



Wer wir sind und was wir wollen:

Auf der Grundlage einer Befragung in 200 Krankenhäusern im Jahr 2013 hat ver.di errechnet, dass 162.000 Stellen in den Krankenhäusern bundesweit fehlen, davon allein 70.000 im Pflegebereich. Von dieser Entwicklung waren und sind die Krankenhäuser in Bremen auch nicht ausgenommen. Wir, ein bunter Haufen von Krankenhausbeschäftigten, Pflegekräften, potentiellen und tatsächlichen PatientInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen, wollen diesen Zustand nicht länger hinnehmen.

Wir wollen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Bremer Krankenhäusern erreichen, dass auf allen Stationen und Abteilung die Arbeitsbelastung endlich wieder auf ein erträgliches Maß reduziert wird. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn es überall verbindliche Personalmindeststandards gibt. Deswegen fordern wir endlich

eine gesetzliche Personalmindestbemessung!

Das Bremer Bündnis möchte mit seinen Aktivitäten an die erfolgreiche Auseinandersetzung in der Berliner Charité sowie an Bewegungen von Pflegekräften in ganz Deutschland anknüpfen. Überall begehren Pflegekräfte gegen ihre Arbeitsbedingungen auf, welche sowohl für sie als auch für die ihnen anvertrauten Patient*innen mehr und mehr zu einer Gefahr werden. In vielen Bereichen ist selbst die Grundversorgung der Patient*innen kaum noch zu gewährleisten, Grundtätigkeiten wie das Stellen von Medikamenten erfolgt unter Zeitdruck und Stress und die Infektionsgefahr für Patient*innen nimmt stetig zu, weil nicht einmal mehr für die hygienische Händedesinfektion Zeit bleibt.

Gesundheit ist ein Menschenrecht, keine Ware! Für mehr Personal im Krankenhaus!

Wir fordern:

- **Sofort – 1600 neue Stellen in Bremer Krankenhäusern**
- **eine gesetzlich oder tariflich geregelte Personalbemessung – verbindliche Personalschlüssel (Patient*in zu Pflegekraft) für alle Bereiche sowie verbindliche und einklagbare Maßnahmen, wenn diese nicht eingehalten werden**
- **Keine Nacht allein**
- **Weg mit den Fallpauschalen(DRGs). Wettbewerbs- und Profitprinzip haben in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen nichts zu suchen**
- **Keine Privatisierungen. Das Gesundheitssystem gehört in öffentliche Hand. Rekommunalisierung privatisierter Häuser und ausgegliederter Bereiche**